

Deutschland-Bielefeld: Vermietung oder Verkauf von Grundstücken
OJ S 5/2020 08/01/2020
Auftragsbekanntmachung
Bauleistung

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Polizeipräsidium Bielefeld
Postanschrift: Kurt-Schumacher-Straße 44-46
Ort: Bielefeld
NUTS-Code: DEA41 Bielefeld, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 33615
Land: Deutschland
E-Mail: PGNeuanmietung.Bielefeld@polizei.nrw.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://bielefeld.polizei.nrw/>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYR3DYEN/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPSatellite/notice/CXPNYR3DYEN>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Streitböcker PartGmbH
Postanschrift: Adenauerplatz 4
Ort: Bielefeld
NUTS-Code: DEA41 Bielefeld, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 33602
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Herr Dr. Bremke
E-Mail: t.bremke@streitboecker.de
Telefon: +49 52191414-19
Fax: +49 52191414-885
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.streitboecker.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.5. Haupttätigkeit(en)

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neuanmietung Polizeidienstgebäude Bielefeld Innenstadt
Referenznummer der Bekanntmachung: 01/2020

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

70320000 Vermietung oder Verkauf von Grundstücken

II.1.3. Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Neuanmietung eines Polizeidienstgebäudes im Auswahlgebiet Bielefeld-Innenstadt für das Polizeipräsidium Bielefeld. Der Auftragnehmer muss ein Grundstück anbieten, auf dem er das Polizeidienstgebäude errichtet (Neu- oder Umbau) und an den Auftraggeber vermieten wird.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

45216111 Bau von Polizeirevieren

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA41 Bielefeld, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Auswahlgebiet Bielefeld-Innenstadt, Bielefeld

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Zur Anmietung eines Polizeidienstgebäudes Bielefeld wird ein europaweites Ausschreibungsverfahren für die Vergabe von Vermietungs- und den hiermit verbundenen Bauleistungen durchgeführt.

Auftraggeber ist das Land Nordrhein-Westfalen, dieses vertreten durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, dieses wiederum vertreten durch das Polizeipräsidium Bielefeld. Auftragsgegenstand ist der Abschluss eines Mietvertrages über ein nach den Anforderungen des Auftraggebers zu planendes und zu errichtendes/umzubauendes Polizeidienstgebäude auf einem im definierten Auswahlgebiet (vgl. Anlage D.A.030) in der Bielefelder Innenstadt gelegenen und vom Auftragnehmer bereitzustellenden Grundstück einschließlich verschiedener typischer Leistungen des Gebäudebetriebes. Der Auftragnehmer hat im Rahmen seiner Planungs- und Bauleistung polizeispezifische technische Anforderungen zu berücksichtigen bzw. umzusetzen.

Die Übergabe des Mietobjektes hat im Zeitraum zwischen dem 1.7.2023 und dem 30.6.2024 zu erfolgen.

Die mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Grundstücke werden hinsichtlich ihrer Lage, funktionalen Anforderungen und Größe anhand der folgenden Kriterien geprüft:

— Lage:

Das Grundstück muss in dem im Exposé Unterlage D.A.030 gekennzeichneten, zulässigen Bereich im Auswahlgebiet (Stadtgebiet Bielefeld-Innenstadt) liegen. Teilbereiche des Grundstücks können auch außerhalb des Auswahlgebiets liegen, sofern sich zumindest die postalische Anschrift innerhalb des Auswahlgebiets befindet.

— funktionale Anforderung:

Das Grundstück muss über eine zweispurige Zu-/Ausfahrt verfügen, die über eine ausgebaute, befestigte Straße ohne öffentlich-rechtliche/zivilrechtliche Zufahrtsbeschränkung und unter Berücksichtigung der Maximalwerte (Maße und Gewicht) gem. StVZO erreichbar ist. Darüber hinaus ist eine zweite Zu-/Ausfahrt mit gleichen Voraussetzungen erforderlich, über die das Grundstück in entgegengesetzter Richtung (zur Hauptzufahrt) befahren bzw. verlassen werden kann. Die Abfahrt vom Grundstück muss in mindestens 2 verschiedene Richtungen möglich sein (z. B. keine Einbahnstraße). Die Straße zwischen der am schnellsten vom Grundstück aus zu erreichenden Autobahnanschlussstelle und dem Grundstück muss durchgehend befahrbar sein (z. B. keine Bahnschranken). Der Auftraggeber behält sich in diesem Zusammenhang vor, die Erfüllung dieser funktionalen Anforderung vor Ort zu prüfen.

— Plausibilitätsprüfung:

Im Rahmen einer Plausibilitätsprüfung wird anhand der eingereichten Unterlagen ermittelt, ob das Grundstück grundsätzlich dazu geeignet ist, die für die Abbildung der Raumanforderungen innerhalb von Gebäuden und Außenflächen notwendige Programmfläche (DIN 276 NF 1-6) von rd. 11 100 m² (entspricht etwa rd. 15 750 m² Mietfläche) sowie zzgl. rd. 500 Kfz-/Zweiradstellplätze (davon 87 Garagenstellplätze und 47 Carportstellplätze) aufzunehmen. Die zur Verfügung stehende Multifunktionsfläche in den Außenanlagen muss mindestens 900 m² betragen. Ferner wird ermittelt, ob bzgl. des Grundstücks öffentlich-rechtliche und/oder zivilrechtliche Beschränkungen bestehen, die der Realisierung des gewünschten Vorhabens entgegenstehen. Ein Ausschluss des Grundstücks erfolgt dann, wenn sich bei der Prüfung solcher Beschränkungen zeigt, dass diese Beschränkungen momentan und auch auf Dauer der Verwirklichung unüberwindbar entgegenstehen. Zur Klarstellung: Das Genehmigungsrisiko sowie das Risiko der umfassenden Verfügbarkeit des Grundstücks für die Zwecke des Ausschreibungsgegenstandes verbleiben beim Auftragnehmer.

Wichtig: bei den 3 vorgenannten Kriterien handelt es sich jeweils um Ausschlusskriterien. Wird das Lage-, das Funktionskriterium oder die Plausibilitätsprüfung nicht erfüllt, so erfolgt der Ausschluss des Grundstücks aus dem Verfahren.

Fortführung des Textes aus Platzgründen im Bekanntmachungsformular unter Ziff. VI.3).

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Städtebauliche Anordnung der Liegenschaft und architektonische Gestaltung / Gewichtung: 2,5

Qualitätskriterium - Name: Grundstück / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Raum- und Funktionsprogramm / Gewichtung: 22,5

Qualitätskriterium - Name: Qualität der Baukonstruktion, Technischen Anlagen und Freianlagen / Gewichtung: 15

Preis - Gewichtung: 50

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 240

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Mietvertrag sieht eine Laufzeit von 20 Jahren vor. Für den Auftraggeber gibt es eine (einseitige) Verlängerungsoption für einmalig 5 Jahre.

II.2.9.

Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 5 Höchstzahl: 8 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahlentscheidung, welche Bewerber, deren Teilnahmeanträge die formalen Kriterien und Mindestkriterien (vgl. Ziff. II. 2.4) sowie III. 1) dieser Bekanntmachung und Ziff. 3a) des Verfahrensbriefes) erfüllen, für die Angebotsphase zugelassen werden, wird anhand der eingereichten Referenzen für die Bereiche „Bauausführung“ sowie „Objektplanung“ vorgenommen. Dabei gehen jeweils die 5 am besten bewerteten Referenzen je Bewerber /Bewerbergemeinschaft in die Eignungswertung ein. Es steht den Bewerbern für die Zwecke der Auswahlentscheidung frei, mehr oder weniger als 5 Referenzen einzureichen.

1) Bauausführender — Projektreferenz Gebäude

Mindestanforderung an das Referenzgebäude:

- Fertigstellung: Nach 1.1.2015,
- Nutzung: Gewerbliche Nutzung,
- erbrachte Leistung: Bauleistung,
- Größe: gleich/größer 10 000 m² BGF.

Wird mit 0,5 Pkt. je Referenz bewertet (Grundbewertung).

Zusatzanforderung an das Referenzgebäude:

- Gebäude für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) wird mit 0,5 Pkt. je Referenz zusätzlich bewertet, wenn Mindest- und Zusatzanforderungen für die genannte Referenz erfüllt sind (Zusatzbewertung).

Gesamtgewichtung 50 %, max. erreichbare Punktzahl 5. Max. 1 Punkt je Referenz (Grundbewertung 0,5 Pkt. + Zusatzbewertung 0,5 Pkt.), Gesamtpunktzahl je nach Anzahl der erreichten Punkte je Referenz. Sofern mehr als 5 Referenzen eingereicht werden, werden die besten 5 Referenzen für die Bewertung herangezogen.

2) Objektplaner — Projektreferenz Gebäude

Mindestanforderung an das Referenzgebäude:

- Nutzung: Gewerbliche Nutzung,
- Übergabe Genehmigungsplanung: Nach 1.1.2013,
- erbrachte Leistung: Leistungen nach § 34 HOAI mindestens LPH 2 bis 4,
- Größe: gleich/größer 10 000 m² BGF.

Wird mit 0,5 Pkt. je Referenz bewertet (Grundbewertung)

Zusatzanforderung an das Referenzgebäude:

- Gebäude für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS); Wird mit 0,5 Pkt. je Referenz zusätzlich bewertet, wenn Mindest- und Zusatzanforderungen für die genannte Referenz erfüllt sind (Zusatzbewertung).

Gesamtgewichtung 50 %, max. erreichbare Punktzahl 5. Max. 1 Punkt je Referenz (Grundbewertung 0,5 Pkt. + Zusatzbewertung 0,5 Pkt.), Gesamtpunktzahl je nach Anzahl der erreichten Punkte je Referenz. Sofern mehr als 5 Referenzen eingereicht werden, werden die besten 5 Referenzen für die Bewertung herangezogen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der Mietvertrag sieht eine Laufzeit von 20 Jahren vor. Für den Auftraggeber gibt es eine (einseitige) Verlängerungsoption für einmalig 5 Jahre.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit dem Teilnahmeantrag vorzulegende Eignungsnachweise des Bewerbers und -wenn auseinanderfallend — des Bauausführenden und des Objektplaners:

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und zur Zuverlässigkeit gem. §§ 123, 124 GWB; Eigenerklärungen zum wettbewerbskonformen Verhalten, zum Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW und zur Bekämpfung der Schwarzarbeit; Eigenerklärung zur Einhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung; Eigenerklärung, dass bislang der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen wurde (der Auftraggeber behält sich vor, auf gesondertes Verlangen, Unbedenklichkeitsbescheinigung(en) des Finanzamtes (in Kopie) anzufordern; diese dürfen zum Ablauf der Frist zur Einreichung des gesondert angeforderten Auszugs nicht älter als 3 Monate sein).

Der Auftraggeber behält sich vor, einen Auszug (in Kopie) aus dem Gewerbezentralregister des Bundesamtes für Justiz bzw. einen Auszug aus dem Bundeszentralregister (bei ausländischen Bietern eine gleichwertige und ins Deutsche übersetzte Bescheinigung der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes) anzufordern. Die Bescheinigung darf zum Ablauf der Frist zur Einreichung des gesondert angeforderten Auszugs nicht älter als 3 Monate sein.

Nur für die Objektplanung: Nachweis in Kopie, dass eine Mitgliedschaft in einer berufsständischen Kammer (etwa Architektenkammer Nordrhein-Westfalen) besteht bzw. bei ausländischen Bietern eine gleichwertige Mitgliedschaft in ihrem Herkunftsstaat. Hierzu ist eine entsprechende Bestätigung der Kammer (bzw. bei ausländischen Bietern einer entsprechenden Einrichtung in deutscher Übersetzung) über die Mitgliedschaft vorzulegen.

Wichtig: Teilnahmeberechtigt ist nur, wer nach nationalem Recht berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architektin/Architekt“ zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt/Architektin tätig zu werden. Dies gilt sowohl hinsichtlich teilnehmender natürlicher Personen als auch teilnehmender juristischer Personen. Bei juristischen Personen genügt, wenn mindestens ein Angestellter die Berechtigung aufweist. Ist in dem Heimatstaat des Bewerbers die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG — Berufsanerkennungsrichtlinie — gewährleistet ist und den Vorgaben des Rates vom 07.09.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (Amtsblatt ABI.EU Nr. L 255 S. 22) entspricht.

Nur für den Bewerber: Eigenerklärung Beihilfenrecht (diese Erklärung ist nur dann vom Bewerber abzugeben, wenn das von ihm angebotene Grundstück im Eigentum der öffentlichen Hand steht oder er es bereits von der öffentlichen Hand erworben hat. Sofern der Bewerber mehrere Grundstücke der öffentlichen Hand anbietet, ist diese Erklärung für jedes Grundstück gesondert abzugeben).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Mit dem Teilnahmeantrag vorzulegende Eignungsnachweise des Bewerbers und -wenn auseinanderfallend — des Bauausführenden und des Objektplaners:

Vermieter: Jahresgesamtumsatz aus Vermietungsleistungen der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in Form einer Eigenerklärung;

Bauausführender: Jahresgesamtumsatz aus Bauleistungen im Hochbau der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in Form einer Eigenerklärung;

Objektplaner: Jahresgesamtumsatz aus Planungsleistungen im Hochbau (§§ 33 ff. HOAI) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in Form einer Eigenerklärung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestanforderung an den Jahresumsatz Vermieter: Jahresumsatz gleich/größer 350 000,00 EUR (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Mindestanforderung an den Jahresumsatz Bauausführender: Jahresumsatz gleich/größer 13 000.000,00 EUR (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Mindestanforderung an den Jahresumsatz Objektplaner: Jahresumsatz gleich/größer 250 000 EUR (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Mit dem Teilnahmeantrag vorzulegende Eignungsnachweise des Bewerbers und -wenn auseinanderfallend — des Bauausführenden und des Objektplaners: Referenzen für die Objektplanung und für die Bauausführung in Form von Eigenerklärungen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Jeder Bewerber bzw. jede Bergergemeinschaft muss mind. eine vergleichbare Referenz für die Objektplanung und für die Bauausführung vorlegen. Anderenfalls wird der Bewerber bzw. die Bergergemeinschaft ausgeschlossen. Vergleichbar sind die Referenzen, die mindestens die folgenden Kriterien erfüllen:

1) Bauausführender: Projektreferenz Gebäude

Mindestanforderung an das Referenzgebäude:

— Fertigstellung: Nach 1.1.2015,

— Nutzung: Gewerbliche Nutzung,

— Erbrachte Leistung: Bauleistung,

— Größe: gleich/größer 10 000 m² BGF.

2) Objektplaner: Projektreferenz Gebäude

Mindestanforderung an das Referenzgebäude:

— Nutzung: Gewerbliche Nutzung,

— Übergabe Genehmigungsplanung: Nach 1.1.2013,

— erbrachte Leistung: Leistungen nach § 34 HOAI mindestens LPH 2 bis 4,

— Größe: gleich/größer 10 000 m² BGF.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Einhaltung der Besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (BVB TVgG NRW).

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2019/S 135-330841](#)

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 24/03/2020 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 08/05/2020

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Fortführung der Anforderungen aus Ziff. II.2.4) des Bekanntmachungstextes:

Der Bewerber muss mindestens ein Grundstück anbieten, welches verfügbar ist, d. h. er muss entweder Eigentümer oder sonst dinglich Berechtigter sein. Alternativ kann das Grundstück im Eigentum eines Dritten stehen, der eine Verpflichtungserklärung abgibt, dass das Grundstück im Falle der Zuschlagserteilung zur Errichtung/zum Umbau eines Gebäudes für die Neuanmietung eines Dienstgebäudes des Auftraggebers zur Verfügung steht. Wird nicht mindestens ein solches Grundstück angeboten, führt dies zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Da die Lage des Grundstücks und seine Größe entscheidenden Einfluss auf die Qualität und die Preise der angebotenen Leistungen haben werden, wird der Auftraggeber die Grundstückseigenschaften bei der späteren Wertung der Angebote berücksichtigen.

Bekanntmachungs-ID: CXPNYR3DYEN

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Str. 9
Ort: Münster
Postleitzahl: 48147
Land: Deutschland
E-Mail: ingeborg.diemon-wies@brms.nrw.de
Telefon: +49 251411-3607
Fax: +49 251411-2165
Internet-Adresse: www.brms.nrw.de

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

- (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen,
- (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen,
- (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen,
- (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

07/01/2020